

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

spd/III/12

Hannover, 28. Januar 1948

Wegbereiter ins Nichts

R.B. Politische Kommentatoren sogenannter überparteilicher Zeitungen bestreiten ihre Artikel neuerdings immer häufiger mit Angriffen gegen die angeblich allzu diktatorisch verfahrenen Parteien. Aus der Anonymität eines Auftrages ohne Verantwortung, die zunächst einmal den eigenen Namen zur Diskussion stellt (was nicht als unangenehm empfunden wird), bemühen sich einige unserer schreibgewandtesten Leitartikler, deren geschickteste in Hamburg und in Berlin sitzen, mit Eleganz, die Demokratie zu verhindern. Sie wollen - so sagen sie - die Ordnung und empfehlen das Nichts. Der Beifall der Unpolitischen und der Applaus der Gestrigen sind ihnen dabei gewiß. Solche persönlichste Meinung zur dringlichsten Forderung des Tages erheben und zum vermeintlich durchdachten Glaubenssatz gemacht, vermögen letzten Endes doch nur den allzu verbreiteten Mangel an politischem Urteil vermögen zu erhöhen und den Unbelehrbaren den Silberstreifen einer neuen Verheißung zu zeigen.

Diese Redereien gegen die Parteien sind gar nicht so originell wie man glaubt. Wir zitieren Hitler und lesen es in einer Wochenzeitung 1948, daß der Parteienstaat ohnehin eine für Deutschland nicht angemessene politische Form sei. Deshalb wurde er von der NSDAP überwunden und durch eine "Revolution besonderer Art" vernichtet. Wie widersinnig aber ist heute die Haltung einer Zeitung, wenn sie in ihrem Leitartikel mannhaft gegen die Parteien fight und auf der Rückseite tapfer gegen den Volkskongreß angeht, denn dort hätten die Parteien "nur noch Namensfunktionen". Daß dies die Konsequenz eines Kampfes und einer Entwicklung gegen die Parteien ist, wird man jedoch nicht wahrhaben wollen. Man kann nicht die Einschränkung der Parteien in den Westzonen verlangen und über die Beseitigung der Parteien in der Ostzone empört sein. Man kann auch nicht zwölf Jahre in der äußeren oder inneren Emigration den Zeitpunkt geheimer, freier und unabhängiger Wahlen entgegengeshofft haben, um heute die Wähler von den Urnen zu jagen.

Die politischen Parteien haben sich mit Programmen und Forderungen, die durchzusetzen sie versuchen wollen, an das deutsche Volk gewandt und daraufhin sind sie von der überwiegenden Mehrzahl des

die Regierungen und es ist selbstverständlich, daß sie die Tagesforderungen unablässig mit den Programmen in Einklang zu bringen haben - andernfalls wären sie nicht berechtigt gewesen, sich den Auftrag geben zu lassen. Es gehört sehr viel Selbstüberschätzung dazu, dies einfach zu ignorieren. Die Parteien sind die einzige Form, in die die politische Willensbildung eines Volkes gegossen werden kann - die andere ist die Diktatur und die ständische Ordnung ist, wie die Erfahrung gezeigt hat, nur ein Umweg zu ihr.

Man hat sich angeführt, es sei eine Anomalie, Deutsche Einrichtungen, wie sie es sind, über die Zonen Grenzen hinweg (mit den Einschränkungen, die durch Besonderheiten der Ostzone gegeben sind) sich betätigen zu lassen, während die politische, die wirtschaftliche und jede andere Verwaltung auf Länder, Zonen oder höchstens bizonaler Basis begrenzt sei. Wer so argumentiert, kann es mit der Forderung nach der deutschen Einheit nicht ernst meinen. Er sollte vielmehr froh sein, daß mit den Parteien wenigstens eine politische Organisationsform besteht, die über die sinnlosen innerdeutschen Grenzen hinwegreicht.

Zu einem anderen Einwand: Es ist im Kräftespiel des Parlamentarismus üblich, daß sich Parteien einander beföhden. Das ist überall so, wo und seitdem es Parteien gibt. In Deutschland hat der Nationalsozialismus mit all seiner Brutalität gewütet, hat es Konzentrationslager in ihrer abscheulichsten Form und Judenprogramme von widerlicher Hässlichkeit gegeben. Menschen mit anderer politischer Gesinnung wurden verhaftet und verschwanden für Jahre oder für immer. Das ist noch in frischer Erinnerung in aller Welt. Man soll sich jetzt hierzulande nicht lächerlich machen mit zimperlicher Entrüstung über ein bißchen Parteienlärm, wie er überall in der Welt zum politischen Leben gehört. Das steht uns besonders schlecht an.

Oft ist es Torheit, häufiger aber auch Spekulation auf billigen Beifall, die Ursachen der heutigen Situation den Parteien zuzuschreiben, wo es offensichtlich ist, daß der Krieg und die Uneinigkeit der Alliierten die tieferen Anlässe sind. Eine Demokratie ohne echte Parteien ist nicht denkbar und alle, die sie abschaffen wollen, sind nur Wegbereiter ins Nichts. Etwas ganz anderes ist es um das Bemühen, an den Parteien positive Kritik zu üben, statt gegen sie zu arbeiten.

Genfer Tagungen

O. Z. Genf, Ende Januar

Wie bekannt, ist der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Trygve Lie, auf der Suche nach einem geeigneten Europa-Tagungsort für gelegentliche UNO-Vollversammlungen zuerst in Genf und Bern gewesen, um die gegebenen Möglichkeiten und etwaigen Unzulänglichkeiten von Genfer Tagungen abzuklären. Trygve Lie ist inzwischen nach Paris weitergefahren, hat aber den Stellvertretenden Generalsekretär, Owen, der die materiellen Angelegenheiten der Weltorganisation zu seinem Geschäftsbereich hat, in Genf zurückgelassen. Erst am amerikanischen Sitze der UNO wird aber entschieden werden, ob und in welchem Umfange Genf und sein Völkerbundpalast für UNO-Vollversammlungen in Frage kommen. Bei den hiesigen Erörterungen wurde klar, daß das Tagungslokal und seine Einrichtungen den Betrieb einer UNO-Vollversammlung durchzuführen könnten; die Schwierigkeiten liegen in der Unterbringung der Delegationen und ihrer Mitarbeiterstäbe, wobei es sich um einige Tausend, man spricht von 3500 - 4000 Personen, handeln dürfte, die auch im Gebiet des ganzen Küstenstreifens des Lac Léman und bis auf Montreux zu logieren nach Fachleute meinung kaum möglich erscheint. Da Prag schon gedankt hat, für die hohe Ehre, kommt mit Genf noch Paris in Frage, und es soll gute Aussichten haben wegen besserer Unternehmlichkeiten der Delegierten und ihrer Mitarbeiter nach getaner Arbeit (worauf nicht geringer Wert gelegt wird und außer der Erholung auch auf Diskretion Wert zu legen ist). Doch ob Genf nun die Europa-Tagungen der UNO-Vollversammlungen aufnehmen wird oder nicht: der Völkerbundpalast wird die kommenden Monate ein lebhaftes Kommen und Gehen sowie Tagungen von Interesse und Bedeutung für Europa, aber auch von Weltorganisationen sehen.

Als eine solche ist die Fünfte Versammlung der Weltgesundheitsorganisation zu erwähnen, die vom 22.1. bis 7.2. in Genf tagt. Die Organisation bzw. ihr Apparat steht noch nicht vollständig: ihr Statut müßte dazu von den 26 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen ratifiziert werden. Immerhin sind auf der Genfer Tagung schon 18 Staaten durch Delegationen vertreten. Die bisherigen vier Versammlungen der Weltgesundheitsorganisation haben außer den notwendigen Konstituierungs- und Prozedurfragen aber auch schon wichtige und aktuelle Probleme des Weltgesundheitswesens und -dienstes verhandelt, vor allem auf dem Gebiete der Seuchenbekämpfung. Soweit bisher bekannt ist, soll sich die nun zusammentretende Fünfte Versammlung der Weltgesundheitsorganisation ausschließlich mit weiteren dringlichen internationalen Gesundheitsfragen verschiedener Art befassen.

Vor noch nicht einem Jahre trat zum ersten Male die Wirtschaftskommission für Europa in Genf zusammen. Seit September datiert die Inangriffnahme der Behandlung europäischer Wirtschaftsfragen durch diese UNO-Kommission. Umfang und Bedeutung der aufgegriffenen Wirtschaftsfragen Europas läßt sich an der Zahl der eingesetzten Sonderausschüsse ablesen: von denen hier nur die acht hauptsächlichsten für Kohle, Stahl, elektrische Energien, Holz, Düngemittel, Transport,

Arbeitskräfte, Wohnungswesen benannt sind. Diese und noch einige weitere Sonder- und ihre Unterausschüsse werden zum Ende dieses oder Beginn des kommenden Monats und für die Dauer von etwa acht Wochen nicht weniger als 20 Tagungen abhalten.

Eine solche Tagungsflutwelle ruft naturgemäß einige Skepsis hinsichtlich der tatsächlichen Ergiebigkeit eines solchen Organismus hervor. So nahm der sehr rührige Exekutivsekretär dieser Organisation, der Norweger Gunnar Myrdal, die Programmankündigung wahr, um über die bisherigen Tagungen und ihre Ergebnisse vor Pressevertretern zu berichten. Nach ihm sind Grund- und Leitsätze der Arbeiten der Wirtschaftskommission und ihrer Ausschüsse: ganz Europa in die gestellten Aufgaben und notwendigen Untersuchungen einzubeziehen; die Berücksichtigung aller Aspekte der zur Behandlung gestellten Probleme oder Einzelfragen; die konkrete Behandlung dieser Probleme und Einzelfragen. Wenn die Kommission bereits praktische Erfolge zu verzeichnen hat, so, weil sie vor Beginn ihrer Arbeiten zu einer "Entpolitisierung der wirtschaftlichen Probleme" gelangen konnte und demgemäß die Lösungen auf technischem Gebiet sucht.

Sind aus diesen Gründen die Ergebnisse des ersten halben Jahres praktischer Arbeiten als durchaus befriedigend anzusehen, erlaubt dieser Beginn, für die Zukunft zuversichtlich zu sein. In der Tat wird in den Kreisen der in Genf ansässigen oder vorübergehend stationierten internationalen Delegationsmitglieder die Arbeit der Wirtschaftskommission für Europa als die fruchtbarste und von politischen Gegensätzen am wenigsten berührte angesehen. Und es wird den praktischen Ergebnissen dieser Verhandlungen und Abmachungen zugeschrieben, wenn trotz Kriegsverheerungen die Produktionen einiger Länder den Vorkriegsstand wieder erreicht oder schon überschritten haben.

Die USA im Mittelmeer

Von S. Aufhäuser, New York

Im Altertum, als Ägypter, Phönizier, Aretenser, Griechen, Römer und Araber nacheinander das Mittelländische Meer beherrschten, galt noch das Wort: "Wer dieses 'Große Meer' beherrscht, der beherrscht die Welt". Später haben dort die Weltreiche um die Vorherrschaft gerungen und noch im letzten Weltkrieg war das Mittelmeer als die Lebenslinie des britischen Imperiums nach dem Osten heiß umstritten. Aber auch nach dem II. Weltkrieg konnte die Stabilität dieses wichtigsten Seeweges nach dem Nahen Osten noch nicht wieder hergestellt werden. Heute sind es russische Ambitionen, die Kontrolle über die Durchfahrt durch die Dardanellen zu gewinnen, den Balkan zu durchdringen und die Treuhänderschaft über die frühere italienische Kolonie Tripolitarien zu erhalten. Bulgarien verlangt einen direkten Ausgang zu diesem Meer auf Kosten Griechenlands. Als strategische Avenue für Sowjetrußlands Ausdehnungen überschattet es auch Westeuropa.

Die Erhaltung des status quo in Griechenland und der Türkei als Schlüsselstellungen zum Ägäischen und Schwarzen Meer mußte aber auch die Westmächte veranlassen, die Kontrolle des Mitteländischen Meeres nicht aus der Hand zu geben. Als Zufahrtsweg zu den Ölschätzen im Nahen Osten, wie zu den Ölleitungen in Palästina wird die strategische Bedeutung des Mittelmeeres für Groß-Britannien und die Vereinigten Staaten noch erhöht. Es wird dem Parlament in Washington überlassen sein, welcher finanzieller und militärischer Einsatz als nötig erachtet wird, um die Verteidigung des Mitteländischen Meeres gewährleisten zu können. England hat die Verstärkung seiner Garnison in Cypern angekündigt, die USA beabsichtigen, den Flugplatz in Mellaha bei Tripolis wieder zu eröffnen. Mellaha ist 800 Meilen von der griechischen Grenze, 900 Meilen von den Dardanellen und 1300 Meilen von Palästina entfernt.

Um die Welt zu überzeugen, daß die USA die Interessen der südeuropäischen Demokratien nicht preisgeben und die Kontrolle des Mittelmeeres nicht vernachlässigen werden, befinden sich besonders in den Westhäfen Italiens bereits Marinekräfte unter dem Sternenbanner, die etwa eine Schiffsbesatzung von 3000 bis 4000 Mann umfassen. Nach Mitteilung des "US-News-World-Report" gehören zu dieser Flotte des Flugzeugträgers "Midway" die Kreuzer "Little Rock", "Providence" und "Portsmouth", sowie zehn Zerstörer. Wie der US-Marine-Minister erklärte, ist es Aufgabe dieser Marinekräfte, die Interessen der Vereinigten Staaten zu schützen und die Durchführung der US-Außenpolitik zu sichern.

Die größere Aufgabe der SPD

(Eigenbericht) Stockholm,

Ende Januar

In der Zeitschrift "Fakta", einem Organ der Sozialdemokratischen Partei Schwedens, erschien ein ausführlicher Artikel über die Entwicklung der SPD von 1919 bis jetzt. Im Schlußteil des Artikels wird die Frage untersucht, ob ein richtiges und ehrliches Verhalten der Kommunisten vor 1933 die Katastrophe verhütet hätte. Der Artikel kommt zu folgenden Schlußfolgerungen: "Man muß sich fragen, ob eine politische Kombination zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten möglich gewesen wäre. Sie wäre ja die Lösung gewesen, Deutschland wäre nicht in den Weltkrieg geschleudert worden. Wer damals die Frage nicht beantworten konnte, der hat es heute nicht mehr schwer, die Tatsachen sagen ihm: Die Kommunisten (und Rußland) wollten es nicht. Alle seitherigen Erfahrungen beweisen dies.

1945 war in Deutschland - aus den Erfahrungen vieler trüber Jahre heraus - der Wunsch und der ehrliche Wille zur Einheit auch in sozialdemokratischen Kreisen vorhanden. Zumeist wird vergessen, daß die Kommunisten unter Wilhelm Pieck zuerst energisch ablehnten. Sie meinten nun, im Schutze des angebeteten Ostsiegers, die Sozialdemokraten entbehren zu können. Bald zeigte sich, daß sie wieder einmal

die Meinung der breiten Massen völlig falsch verstanden hatten. Die ersten innerpolitischen Niederlagen führten zu einer veränderten politischen Taktik der Kommunisten. Offensichtlich waren sie dirigiert und sie schwenkten, wie so oft. Nunmehr wollten sie Einheit, aber unter ihrem Joch. Seither hat die deutsche Sozialdemokratie eine phantastische Entwicklung durchgemacht. Sie wurde in diesem Kampf hart und klar. Einheitlicher als sie je gewesen ist, beschloß der Hannoversche erste Parteitag 1946: keine Einheit, die eine Lüge ist. Der "Bruder" ist nicht immer der Freund: "Auch Kain erschlug Abel". So ist die deutsche Sozialdemokratie in eine politische Position hineingewachsen, die sie sich nicht gesucht hat, sie ist "dritte Gewalt", nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa. Dabei arbeitet sie in einem Lande, das kein Staat ist, in einem vierteilten Gebiet, aber sie tut ihre Pflicht; sie ist wohl heute die größte Partei im Trümmerdeutschland. Sie weiß, daß damit auch ihre Verantwortung vor der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung außerordentlich groß ist.

Um die Freiheit

K.B. Der gleiche reaktionäre, fortschrittsfeindliche Geist, der die Revolution von 1848 erstickte, hat das Elend heraufbeschworen, an dem wir nun so bitterschwer tragen. Ein Rückblick jetzt, 1948, muß uns mit Trauer, aber auch mit Bewunderung für die Männer erfüllen, die es damals wagten, sich der herrschenden Gewalt zu widersetzen. Nicht jener Paffen, sondern unsere Schuld ist es, wenn wir heute noch nicht vom Fleck gekommen sind. Wir Deutschen waren freilich schon immer unglücklich in der Verfechtung des Freiheitsgedankens. Der Mangel an Zusammengehörigkeitsgefühl hielt unseren Instinkt nieder. Schließlich verdarb er, kaum entwickelt, im Wahnsinnsrausch des Herrenmenschentums.

Diese Revolution vor hundert Jahren war vielleicht nur eine schwache Auflage des Jahrzehnte älteren französischen Urbildes, aber sie erforderte kaum weniger Todesmut und Opferbereitschaft vor allem von ihren Bahnbrechern. Wer nicht durch die Bajonette umkam, wurde für vogelfrei erklärt. Karl Schurz, der in Amerika zu hohem Ansehen Gekommene, flüchtete übers Wasser, Richard Wagner rettete sich in die Schweiz.

Prächtige Männer, wie Friedrich Neff aus Rümelingen bei Lörrach, Zivilkommissar und Anführer einer Freischar, stellte man vor Gericht und verurteilte sie nach kurzem Prozeß zum Tode. Heinrich Hansjakob, der Schwarzwälder Volksdichter, hat uns den Brief überliefert, den Neff in den letzten Stunden seiner Mutter zum Abschied schrieb:

"Seid fest und standhaft, liebe, heißgeliebte Mutter, wenn Ihr die Unglücksbotschaft von meiner Richtung erhaltet. Seid stolz darauf, daß Ihr Euren einzigen Sohn geboren habt, um ihn der Freiheit opfern zu können. Wenn ich noch zehn Lobo hätte, ich würde alle zehn der Freiheit bieten".

Hätten wir doch die Kraft, ein wenig diesen Männern von 48 nachzueifern, wenn nicht mit der Waffe, so doch mit den Herzen. Denn nicht fatalistische Ergebung, sondern zielbewußter Kampf - gegen die Satten und Gewalttätigen, gegen die Nichtstuer und Geschäftemacher - ist heute wie damals die Parole. Erst wenn wir frei sind und die Gesetze dem natürlichen Fortschritt dienen, dürfen wir auch auf einen dauerhaften Frieden hoffen. Denn: Frieden und Freiheit bedingen sich gegenseitig, - ohne Freiheit kein Frieden, aber auch ohne Frieden keine Freiheit!